

## Der „konstruktive Plan“

Der französische Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten hat am Montag den neuen französischen „Sicherheits- und Abrüstungsplan“, oder wie er auch genannt wird: den „Plan zur Organisation des Friedens“ genehmigt. Havas veröffentlichte darauf einen Auszug, der noch keine Einzelheiten enthält, im übrigen aber in der Hauptsache das bestätigte, was man bisher über den Plan erfährt. Der erste Eindruck, der gewöhnlich auch der richtige ist, ist der, daß Deutschland allen Grund hat, diesem Plan gegenüber äußerst vorsichtig zu sein. Die diplomatischen Verhandlungen müssen ergeben, ob die Gegenseitigkeit der Verpflichtungen wirklich so aussehen wird, wie es die unbedingte Gleichberechtigung Deutschlands erfordert.

Frankreich schlägt, wie die Mitteilung bezeugt, die Schaffung einer militärischen Organisation (Miliz) vor, die eine „Angriffspolitik erschwere“, die aber „für jede Gegend einen besonderen Charakter“ tragen müsse. Nur so könne die deutsche Forderung der Gleichberechtigung erfüllt werden — wobei jeder Gedanke an eine Aufrüstung übrigens ausgeschlossen sei. Die Heere sollen allmählich auf die einheitliche Form eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Mannschaffsbestand gemacht werden, wobei aber die besonderen Verhältnisse eines jeden Staats, so namentlich die Ungleichheit und Verschiebenheit der Rekrutierungsquellen zu berücksichtigen seien, ebenso die militärische Ausbildung der politischen Verbände, die Bedeutung der (Schutz-)Polizei usw. Diese Nationalheere würden kein starkes modernes Kriegsgerät erhalten. Hilfstruppen, die einem bedrohten Staat durch den Völkerbund gegeben werden, seien dagegen mit starkem Kriegsgerät auszurüsten.

In jedem Staat soll unter der Aufsicht des Völkerbunds Kriegsmaterial aufbewahrt werden, das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden soll.

Von Interesse ist dann allenfalls noch die Forderung eines Mittelmeervertrags, der die Sicherheit Frankreichs und des Transports seiner farbigen Kolonialtruppen auch nach dieser Seite gewährleisten soll. Bei den Flottenstreitkräften soll möglichst das gegenwärtige Stärkeverhältnis aufrechterhalten werden.

## Der Standpunkt der Reichsregierung

Berlin, 15. Nov. Nach Beurteilung der zuständigen deutschen Stellen charakterisiert sich der französische Plan durch seinen Aufbau von vornherein nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als ein Plan zur politischen Organisation Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten. Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Befestigung der durch den Versailler Vertrag erzwungenen Abrüstung hinauslaufen. Dabei enthält der Plan zwei wesentliche logische Konstruktionsfehler: Er verwechselt einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden könnten und müßten, mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Ferner macht er Sicherheitsvorläufe, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung wird in dem französischen Plan vollständig offen gelassen. Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch die Bestimmung geschaffen ist, daß in allen Staaten dieselbe Heeresform zur Durchführung gelangen soll.

Zu den einzelnen Punkten des Planes ist folgendes zu bemerken: Soweit das Kapitel 1 des französischen Planes in Frage kommt, sind hier nach wie vor die in Anlage F zum Locarnovertrag festgelegten Vorbehalte von Bedeutung, die sich auf die besondere militärische und geographische Lage Deutschlands beziehen und die sich in diesem Jahr viele Staaten zu eigen gemacht haben.

Die voraussetzende englische Ablehnung einer Erweiterung des Sanktionsystems hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkt ihres Sicherheitsystems den europäischen kontinentalen Nichtangriffspakt zu machen. Hier erheben sich alle die Bedenken, die deutscherseits seit Jahren gegen ein solches System geltend gemacht worden sind.

Die politische Vorherrschaft, gegründet auf militärische Ueberlegenheit einzelner Staaten und Staatengruppen wird hier verewigt. Das französische Bündnisystem wird in Völkerbundsform geheiligt, wobei das ganze System von demjenigen Staat als bequemeres Instrument gehandhabt werden kann, der sich mit seinen Trabanten im Völkerbundsrat eine einfache Mehrheit zu schaffen vermag. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Einzelbestimmung über „bestehende besondere Vereinbarungen“, womit natürlich die Demilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll.

Die Vereinheitlichung oder Standardisierung der europäischen Festlandheere ist wohl der einzige gesunde Gedanke, den der französische Plan enthält. Deutscherseits besteht kein

## Tagespiegel

Der Reichskanzler ist am Dienstag nachmittag von Dresden wieder in Berlin eingetroffen.

Der Reichskanzler wird wegen der Reise nach Süddeutschland am Donnerstag dem Reichspräsidenten über die Besprechungen mit den Parteiführern, die am Mittwoch wieder aufgenommen werden, nicht vor Montag berichten können. Politische Entscheidungen können daher erst in nächster Woche fallen.

Der stellv. Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, hatte eine Unterredung mit Dr. Brecht, um die neue Besprechung des Reichskanzlers mit Ministerpräsident Braun vorzubereiten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Weis und Breitscheid werden der Einladung des Reichskanzlers zur Besprechung am Mittwoch nicht Folge leisten.

Grund, diesen Punkt und den damit verknüpften Vorschlag eines besonderen Völkerbundsheeres abzulehnen.

Sehr zweideutig sind die Ausführungen über die Sonderrechte und Sonderstellung der Kolonialmächte, die anscheinend ihre Kolonialheere nicht oder nicht wesentlich abzurüsten brauchen. Der größte Teil des französischen Kolonialheeres von 250 000 Mann langgedienter Truppen ist nur wenige Dampferstunden von dem französischen Mutterlande entfernt, zum Teil ist er sogar in Frankreich garnisoniert.

Völlig grotesk mutet der Vorschlag an, das den Milizheeren zu entziehende schwere Material unter einer nominellen Völkerbundsaußsicht in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staat nach seinem Ermessen, falls er sich angegriffen fühlt, wieder zur Verfügung zu stellen. Daß auch andere angegriffene Staaten auf dieses Material zurückgreifen können, ist sinnlos, da ja doch die Angehörigen eines Milizheeres mit schwerer Artillerie, an der sie nicht ausgebildet wurden, und mit Flugzeugen nichts anzufangen wissen. Auf diese Weise will Frankreich es vermeiden, seine ungeheuren Mengen schweren Materials durch Zerstörung, die Deutschland hundertprozentig durchführen mußte, auch nur zu vermindern. Es sichert sich damit eine Ueberlegenheit auf dem Gebiete der qualitativen Rüstungen, die dazu dienen muß, die Ungleichheit, die wir bekämpfen, zu verewigen.

Unklar formuliert ist die an sich durchaus begründenswerte Forderung nach einer internationalen Ueberwachung der Waffenfabrikation. Was die Ueberwachung mit Investitionsrecht anlangt, die der Plan fordert, so wird diese deutscherseits nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber auch deutscherseits gefordert, daß eine solche Ueberwachung gleiches Recht, gleiche Beschränkungen und gleiche Pflichten zur Voraussetzung hat.

Alle Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig. Es ist keine Rede von einer Abschaffung der Schiffe über 10 000 Tonnas und der Luftflotte.

Zur Abrüstung der Luftstreitkräfte wird nur Bekanntes wiederholt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Abrüstungswirkung des französischen Planes, wenn er angewendet würde, recht geringfügig sein müßte. Die nächste Wirkung wäre jedenfalls eine Verzögerung der wirklichen Abrüstung auf längere Zeit. Der Plan ist auch in seinem beisehenden militärischen Teil vollkommen auf die französischen Bedürfnisse und die Entwicklung des französischen Heeres zugeschnitten, das auf dem Weg einer fortschreitenden Verkürzung der Dienstzeit nunmehr an der Milizgrenze angelangt ist. Der Plan sieht vor, daß andere Staaten dem französischen Beispiel folgen sollen, um den Abstand, der zwischen dem französischen und anderen Heeren besteht, aufrechtzuerhalten. Tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt. Diese werden auf juristische Sicherungen verwiesen, sowie auf den Schutz, den ihnen die französischen Heere auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundscharten zuteil werden lassen würden. Damit soll die politische Vorherrschaft, wie sie sich aus der militärischen Wehrmacht ergibt, verewigt werden. Das Fehlen von bestimmten Vorschlägen für die Verminderung der militärischen Kräfte muß auf das schwerste enttäuschen.

Es ist vorauszusetzen, daß bei Befolgung des französischen Vorschlags eine fünfjährige Abrüstungskonferenz an Stelle einer fünfjährigen Abrüstungsetappe treten würde. In Paris hat man, offenbar im Gegensatz zu London, wo ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit zutage getreten ist, noch immer nicht Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz erkannt. Es bleibt abzuwarten, was die amerikanische Regierung, die die heute so brennend gewordene Frage der interalliierten Schulden mit der Abrüstung in Zusammenhang gebracht hat, hierzu zu sagen haben wird. An dieser Frage der Regelung der interalliierten Verschuldung ist aber die ganze Welt nicht weniger interessiert wie an der Abrüstung selbst.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser ist aus der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ausgestiegen. Dies entspricht dem öfters geäußerten Wunsch des größten Teils des Einzelhandels.

Das Büro der Abrüstungskonferenz tritt am Donnerstag nachmittag zusammen, um eine Erklärung des englischen Außenministers Simon über die Vorschläge der englischen Regierung entgegenzunehmen.

Das englische Unterhaus hat mit 200 gegen 42 Stimmen die am 21. Oktober vom Schahamt verfügte Verlängerung der Eisen- und Stahlzölle auf zwei Jahre bestätigt.

Roosevelt hat die Einladung Hoovers zu einer Besprechung der Kriegsschuldenfrage angenommen. Der Tag ist noch nicht bestimmt.

Trotsky ist mit seiner Familie von Konstantinopel, wo ihm der längere Aufenthalt verweigert wurde, nach Kopenhagen abgereist.

## Deutsche Pressestimmen

Berlin, 15. Nov. Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet als das Gesamtcharakteristikum neben der Verquickung von Prestigekämpfen, die auf ganz verschiedenen Ebenen liegen, die mangelnde Durchsichtigkeit des Wortlaufs. Der Plan lautet einfach, von weiten Teilen des deutschen Volks abgelehnt zu werden, wenn nicht die gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung von französischer Seite noch etwas hart herausgestellt werde. Er enthält viel zu viel Vorbehalte und Bedingungen, als daß ein oft enttäuschtes Volk daraus Hoffnungen schöpfen könnte; er ist nicht genügend einfach militärisch, um durchführbar zu erscheinen. Es bedürfte eines klaren deutschen Gegenprogramms, das wohl an den Grundgedanken der Miliz anknüpfen könnte, aber im übrigen den berechtigten eigenen Sicherheitsforderungen zu entsprechen habe.

Die „Germania“ bemängelt ebenfalls, daß der Plan nicht durch die Klarheit wie der Hoover-Vorschlag auszeichne. Er nehme auch nicht die materielle Abrüstung, sondern die Erweiterung der vertraglichen Sicherungen zum Ausgangspunkt und es sei eine Neuauflage des Genfer Protokolls von Jahr 1924. Deutschland werde nicht das einzige Land sein, das diesen französischen Plan für unannehmbar erklären werde. Es sei zu hoffen, daß dieser französische Plan nur eine erste unverbindliche Vorlage darstelle, und daß die Engländer mit ihren Vorschlägen den europäischen Notwendigkeiten besser Rechnung tragen werden.

Die „D.N.Z.“ hält es für völlig unmöglich, daß Deutschland sich mit Formulierungen zufrieden gebe, die kein juristisches Anrecht auf Gleichberechtigung weiter bestreiten und mit dem Begriff der „verbotenen Aufrüstungsarbeiten“ ihn nur das Bestehen einer politischen Frage und einer Gleichheit der Heeresform zuzubilligen. Sehr bedenklich sei auch, daß nur von einer „fortschreitenden Vereinheitlichung des Rüstungsmaterials“ die Rede sei. Unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Abrüstungspolitik und im Hinblick auf die weiteren Genfer Beratungen sei ein Punkt bereits lehr mit voller Klarheit festzustellen: eine Regelung der Gleichberechtigungfrage sei völlig undenkbar auf rein empirischem Wege. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir uns etwa fügen sollten, daß auf Grund des französischen Planes und einiger Andeutungen, die er enthalte, im Verlauf von künftigen Verhandlungen die Gleichberechtigung herauszutrotzieren sei, gemissermaßen als Schlusspunkt der ganzen Angelegenheit. Die Verhandlungen, für die der französische Plan zweifellos eine Grundlage biete, könne nur zu einem Ziele führen, wenn vorher die Anerkennung der Gleichberechtigung erreicht sei.

Der „Tag“ spricht von „Herriots Sabotageplan“ und der Eröffnung der „Generalkonferenz gegen Abrüstung und Gleichberechtigung“. Der „Tag“ ist überzeugt, daß der nunmögliche „Plan Herriots“ im Grund gar keinen anderen Zweck habe, als die ganze „Abrüstung“ zu sabotieren und sie samt der deutschen Gleichberechtigung zu hintertreiben.

## Pariser Stimmen

Paris, 15. Nov. „Echo de Paris“ bezeichnet den Plan als ein Gedankensystem, das lediglich das Denken friedensstiftet, mit den praktischen Forderungen aber nur zufällige Berührungspunkte aufweise. — „Avenir“ nennt den Plan verworren. Am bedenklichsten sei, daß alle Friedensverträge über den Haufen geworfen werden sollen. Frankreich müsse „hart“ bleiben und sich als „starkes Land“ unmittelbar mit Deutschland auseinandersetzen. — „Republique“ meint, Frankreich weise in dem Plan Deutschland Wege, wie die „Gleichberechtigung“ (im französischen Sinne) verwirklicht werden könne.

## Die englische Presse

London, 15. Nov. Der liberale „News Chronicle“ sagt, bei den Vorschlägen blieben u. a. wesentliche Punkte unklar, z. B. die Frage des Umfangs der Heere mit kurzer Dienstzeit und die der Kolonialtruppen. — „Morningpost“ bemerkt, der Plan ordne alle anderen Erwägungen dem Gedanken unter, die Gefährdung der Sicherheit auf dem euro-





